



Die Graphische Presse



Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Noten-, Wachstum- und Tapetendrucker, Notenstecher und verwandte Berufe.

Publikations-Organ des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen, des Deutschen Senefelder-Bundes und der deutschen Vereine des Auslandes.

<p>Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.</p>	<p>Redaktion: I. V.: Conrad Müller, Schkeuditz. Verlag: Otto Sillier, Berlin. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz. Redaktionschluss: Dienstag.</p>	<p>Insertion. Für die dreispaltige Pettzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung der Abonnementsquittung, sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.</p>
---	---	--

Zu beachten!

Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften, Korrespondenzen etc. sind bis auf weiteres an die bisherige Adresse zu richten.

Vorstand und Ausschuss haben je eine Person als den Redakteur in Vorschlag gebracht, die entgeltliche Entscheidung liegt in den Händen der Leipziger Kollegen, welche demnächst ihre Wahl treffen werden.

Conrad Müller.

Erklärung.

Nachdem der Ausschuss es für nötig erachtete, gegenüber Kollegen Tischendörfer einen Beschluss zu fassen und zu veröffentlichen, sind auch wir verpflichtet, mitzuteilen, dass in unserer Sitzung am 2. Dezember diese Angelegenheit eingehend erörtert wurde und die einstimmige Meinung vorhanden war, dass keine Veranlassung vorliegt, Kollegen Tischendörfer wegen dieser Vortragssache zu tadeln. Es wurde beschlossen, die Redaktion des Korrespondenzblattes zu schreiben, dass wir diese irrtümliche und einseitige Kritik bedauern, was inzwischen auch geschehen ist.

Die meisten Vorstandsmitglieder waren übrigens von der falschen Stellungnahme des Korrespondenzblattes bereits vor Erörterung dieser Sache am 2. Dezember schon deshalb überzeugt, weil nach der eigenen Feststellung dieses Blattes sich die Resolution dieser christlichen Gewerkschaftsversammlung mit den Forderungen der modernen Arbeiterbewegung durchaus deckt. Nach den Ausführungen Tischendörfers in der Vorstandssitzung, welche mit seiner Erklärung in Nr. 49 der »Gr. Pr.« übereinstimmen, war aber erst recht keine Veranlassung vorhanden, einen Tadel auszusprechen. Es wurde vielmehr anerkannt, dass eine Thätigkeit dieser Art selbst im Interesse der Arbeiterschaft liegt und keine Arbeiterorganisation diese verhindern dürfte.

Schliesslich sei noch bemerkt, dass das Korrespondenzblatt der christlichen Gewerkschaften in seiner vorletzten Nummer selbst erklärt hat, dass Tischendörfer den christlichen Gewerkschaften vollkommen ablehnend gegenüberstehe. Der Vorstand.

Arbeitsnachweise.

Es ist erst wenige Wochen her, dass ein Rundschreiben des Ministers des Innern mit Rücksicht auf die Vorboten der beginnenden Arbeitslosigkeit, auf den Mangel an Arbeitskräften in den agrarischen Bezirken verwies. Aus diesem Grunde, meinte die ministerielle Korrespondenz, — sei es angezeigt, dass die in den Industriegegenden vorhandenen allgemeinen Arbeitsnachweisanstalten mit denjenigen der landwirtschaftlichen Bezirke- und überhaupt mit

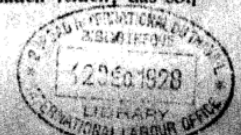
den von den Landwirtschaftskammern, Innungen und dergl. eingerichteten Nachweisstellen Föhlung suchen, um bei den Freiwerden von industriellen Arbeitskräften diese thunlichst wieder der Landwirtschaft und dem Handwerk zuzuföhren.

Dieser von hochamtlicher Weisheit zeugende Vorschlag entspricht ganz der bisher geübten preussischen Sozialpolitik. Die Arbeitsnachweisstellen in den industriellen Gebieten, die wieder einmal von den Folgen der eingetretenen Krise heimgesucht werden, — sollen also vermittelnd in der Weise eingreifen, dass man dem überschüssigen industriellen Proletariat einen Abfluss nach den Gefilden der ostelbischen Junker verschafft. Damit soll der Not der industriellen Arbeiterschaft, soweit diese von der Krise betroffen wird; gesteuert, und zugleich den Klagen wegen Leutemangel auf dem Lande abgeholfen werden. Dass freilich ein solcher Vorschlag bei dem Umstande, als die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft in ihrer ganzen abschreckenden Wirklichkeit allbekannt sind, auf sehr wenig Verständnis bei der industriellen Arbeiterschaft stossen wird, ist von vornweg klar. Gar viele werden vielleicht lieber, mit Rücksicht auf die Zustände wie sie noch immer in der Landwirtschaft sowohl als auch beim Kleingewerbe bestehen, selbst eine längere Periode völliger Arbeitslosigkeit einer Beschäftigung vorziehen, die bei übermässiger langer Arbeitszeit und schlechter Behandlung weder in spärlichen Wohlthaten eines kümmerlichen Arbeiterschutzes noch einem zum täglichen Auskommen zureichenden Arbeitslohn gewährt.

Die Arbeitsnachweisstellen wie man sie heute in den modernen Industriestaaten kennt, sind sicherlich eine nicht zu unterschätzende Einrichtung praktischer Sozialreform. Dass man sie aber nebenbei dazu haben möchte, um einer bestimmten Klasse beutegieriger Unternehmer hilfreich unter die Arme zu greifen, um zugleich den kulturellen Bestrebungen bestimmter Arbeiterkategorien nach Verbesserung ihrer Klassenlage gefährlich zu werden, dies entspricht weder ihren idealen Zwecken, noch aber können sich die Arbeiter vom Standpunkte des Klassenkampfes mit einer derart direkt schädlichen Handhabung einverstanden erklären. Der Vorschlag, den das genannte ministerielle Rundschreiben den beteiligten Faktoren unterbreitet, ist auf alle Fälle lehrreich, und sollte gerade von den dabei am meisten interessierten Gewerkschaften als ein deutlicher Hinweis darauf aufgefasst werden, wie sie für alle Zukunft der so ungemein wichtigen Frage der Arbeitsvermittlung gegenüber zu stehen haben. Gegen die kommunalen Arbeitsnachweise, die heute bei ihrer Bedeutung vielfach in erster Linie in Betracht kommen, wird man gerade aus den hier beregten Gründen gut thun, die reservierte und von nicht ganz unberechtigten

Misstrauen erfüllte Haltung, die die organisierte Arbeiterschaft bisher eingenommen hat, auch für weiterhin zu bewahren. Damit sollen die erspriesslichen Leistungen der kommunalen Vermittlungen wie man sie beispielsweise in Frankreich, Belgien und der Schweiz aufzuweisen hat, gewiss in keiner Weise als geringwertig herabgesetzt werden. Dass ihre Einrichtung in den genannten Ländern ihren Aufgaben gewachsen ist, beweist uns sowohl die Pariser Arbeitsbörse, die durch ihre Uebergabe an die Gewerkschaften bei den grossen Streiks und vielen anderen gewerkschaftlichen Aktionen treffliche Dienste leistete, — als auch die Brüsseler Einrichtung, deren Aufgabe bisher hauptsächlich darin bestand, die Arbeitslosigkeit einzuschränken, die Stabilität der Lohnsätze zu fördern, und die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation zu beschleunigen. Dass die reichsdeutschen kommunalen Vermittlungen diesen vorbildlichen Charakter keineswegs besitzen, bildet unseres Erachtens Grund genug, ihnen gegenüber eine gewisse Reserve zu bewahren, solange nicht der Einfluss der Arbeiter stark genug ist, um die darin leider nur zu oft auftretenden spießbürgerlichen und arbeiterfeindlichen Regungen mit Erfolg zu parrieren. Nun haben wir aber gesehen, dass man hier zu Lande noch nicht einmal vermocht hat, den städtischen Arbeitsvermittlungen im Falle eines Streikes auf jeden Fall eine Direktive für ihr Verhalten aufzuerlegen. Und das ist keine nebensächliche, sondern eine Frage, der unter Umständen schwerwiegende Bedeutung beizumessen ist. Während bei einigen deutschen städtischen Arbeitsnachweisen Bestimmungen für den Fall eines Streikes nicht getroffen sind, und das Verhalten von einem jeweiligen Entschlusse abhängig gemacht werden muss, hat bei den kommunalen Verwaltungen in Stuttgart und Ulm die Stellenvermittlung auch während der Dauer eines Ausstandes in einer Branche fortgesetzt zu werden, obwohl sich in Ulm die Arbeiter gegen ein funktionieren in einem Streikfalle ausdrücklich erklärt haben. Wo man es also mit dem auf das städtische Vermittlungswesen Einfluss nehmenden bürgerlichen reaktionären Stadtverwaltungen zu thun hat, dort besteht überall die Gefahr, dass man bei Lohnkämpfen die »Lieferung« von Streikbrechern an die Unternehmer besorgt, wenn, wie schon erwähnt, die Arbeiter in der Verwaltung selbst nicht das entsprechende Gegengewicht derartiger Tendenzen bilden. In Wien z. B. wo sich die städtische Arbeitsvermittlung in den Händen der Christlich-sozialen befindet, hat man sich auch aus diesem Grunde die Sache bequem gemacht und erklärt: die Frage, ob bei einem Streik die Vermittlung fortgesetzt werden solle, hängt ganz von dem Ermessen bei jeden speziellen Falle ab. Wie nun da die Interessen der Arbeiter zuweilen Schaden leiden, das soll

331.88105(43)
229212



Kollegen in ihren Erwartungen getäuscht werden.

G. G.-r.

Osnaabrück. Der Prokurist und Geschäftsführer der Firma Hermann Paal, der Lithograph Herr Rudolf Paal, ist nach fast 50jähriger Tätigkeit nunmehr in den Ruhestand getreten.

Wandsbeck. Die am 14. Dezember tagende Mitgliederversammlung hiesiger Zahlstelle beschäftigte sich über vorhandene Missstände im Beruf. Dies ist ja ein Thema, über welches zwar viel gesprochen, aber nur Besserung geschaffen werden kann, wenn alle Kollegen fest zusammenstehen und sich alle der Organisation anschließen. In der Debatte über diesen Gegenstand wurde darauf hingewiesen, dass die zur Zeit rege Agitation für eine Tarifgemeinschaft wohl gute Früchte tragen könne, da ja erfreulicher Weise auch bei den Prinzipalen das Bestreben zum Durchbruch käme, der Schutzkonkurrenz entgegenzutreten und geregeltere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Gehilfen zu schaffen. Es wurde der Antrag angenommen, bei den hiesigen Anstaltsbesitzern vorstellig zu werden, um vielleicht die Bezahlung der Feiertage und Einführung der 9stündigen Arbeitszeit in allen Geschäften zu erlangen; vor allen Dingen aber eine Regelung der Lehrlingsfrage herbeizuführen, da jetzt ein Missverhältnis zwischen Gehilfen und Lehrlingen besteht. Desgleichen wurde ein Antrag eines Mitgliedes, eine Aufklärung an die Eltern und Vormünder in Form eines „Eingesandt“ in die hier gelesesten Zeitungen zu erlassen, angenommen. Zur Berichterstattung des Kartell-Delegierten wurde besonders, auf Beschwerde eines Kollegen hin, die äusserst traurigen Verhältnisse in der Zentralherberge, namentlich hinsichtlich der Reinlichkeit gerügt. — Unter „Verschiedenes“ wurde die Tätigkeit des Herrn R. Möbius aus Weimar in der Versammlung in Erinnerung gebracht. Dieser Herr, der als Druckereifaktor einer hiesigen Anstalt fungierte, hatte es ganz besonders verstanden, die bisher guten Beziehungen unter den Kollegen, sowie das bisherige gute Einvernehmen zwischen Geschäftsleitung und Personal vollständig auf den Kopf zu stellen. Wir empfehlen den Kollegen, die hier beschriebene Wirksamkeit des R. Möbius zur genauen Beachtung. Derselbe führte sich so ein, dass er erst zirka 6 Wochen als Maschinenmeister arbeitete. Eines Vormittags wurde er durch Anschlag als Faktor publiziert. Dies wirkte natürlich wie ein Blitz aus heiterm Himmel; es war jedem unbegreiflich, wie ein Mann, der bisher so wenig Gutes geleistet hatte, (die verdorbenen Auflagen zieren noch jetzt den Maschinensaal als Abziehbogen) diesen Posten ausfüllen konnte. Schon des Nachmittags kam er, seiner neuen Würde entsprechend, in Glacehandschuhen und Manschetten und stolzierte in den Arbeitsräumen umher, jede Bewegung der Kollegen beobachtend. Leute, die seit einer Reihe von Jahren zur Zufriedenheit des Geschäftes gearbeitet hatten, konnten auf einmal nichts mehr. Er warf die elementarsten Grundregeln des Steindruckes einfach über den Haufen: So will ichs haben und so wirds gemacht, punktum! Von den Maschinenmeistern verlangte er täglich 6000 Druck, obwohl er selbst als solcher nicht einmal die Hälfte, und zwar noch schlechtere Qualität, geliefert hatte. Er hiesse die Sache zu weit führen, wollte man die Chikanen, unsinnigen Anordnungen und Schiebungen aufzählen. Nur der Umstand, dass es Kollegen gab, die zu allem Unsinne ja und Amen sagten, ihn sogar noch in seinen Machinationen unterstützten, um seine Freundschaft zu gewinnen, verhalfen ihm dazu, dass er seine Stellung so lange behaupten konnte. Eine militärische Uebung desselben brachte den ganzen Wirrwarr, sowie den Schaden, den er durch seine Anordnungen und Treibereien der Leute dem Geschäft verursacht hatte, ans Tageslicht und am Tage seines Wiedertritts wurde seiner segensreichen Tätigkeit ein jähes Ende bereitet. Man sieht es aber daraus, dass es in allen Dingen besser ist, wenn die Kollegen zusammenhalten, als wenn jeder nur seinen eigenen Vorteil sucht und dadurch den anderen Kollegen unermesslichen Schaden zufügt. Schluss der Versammlung 12¹/₂ Uhr.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Auf Veranlassung der Generalkommission traten am 30. Dezember 1901 in Frankfurt a. M. die Vorstände des Buchbinder- und Sattlerverbandes mit dem Vorstände des abgeordneten Portefeuille-Verbandes zu einer Konferenz zwecks Wiedervereinigung zusammen. Der letztere Verband hatte um Anschluss an die Generalkommission nachgesucht. — Hoffentlich stellen sich dem Einigungswerk keine Friedensstörer nach berühmten Muster entgegen.

Neben dem Zentralverband der deutschen Maurer besteht noch eine Vertrauensmänner-Zentralisation der Maurer, deren Anhänger Lokalisten genannt werden. Eine der besten Stützen dieser Organisation waren bisher die Braunschweiger Maurer. Diese haben nun eingesehen, dass prinzipielle Gegensätze zwischen beiden Richtungen nicht bestehen, weshalb sie den Beschluss fassten, in die Zentralorganisation beizutreten. Der Vorstand des letzteren erklärte sich sofort bereit auf Grund des Statuts den Uebertritt zu vollziehen, er versuchte jedoch einen Uebertritt auf der ganzen Linie zu bewerkstelligen. Zu diesem Zweck wandte er sich in mehreren Schreiben an die Leitung der Vertrauensmänner-Zentralisation in Berlin und erhielt dort von der Kessler'schen Führung eine gänzliche Absage. Der „Grundstein“

Organ des Verbandes, bemerkt hierzu: „Ob nun nicht bald die Zeit kommen wird, dass man ernsthaft daran denken muss, die systematischen Gegner einer einheitlichen Arbeiterbewegung an die Wand zu drücken, dass sie quitschen“, wollen wir heute nicht des weiteren erörtern. Wenn aber auf eine friedliche Einigung nicht zu rechnen ist, dann werden wir dem Kampfe das Wort reden müssen.“ Ganz unsere Ansicht, diese berufsmässigen Zersplitterer wollen es nicht anders haben.

Die Verbände der Gastwirtsgehilfen und die Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen halten in der Zeit vom 18. — 20. März 1902 ihre Verbandstage ab. Ersterer in Mainz und letzterer in Berlin.

Der Zentralverband der Bureauangestellten Deutschlands nimmt eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vor. Es besteht ferner die Absicht, einen Kongress für diesen Beruf nach Berlin einzuberufen.

Von den Glasarbeitern waren bis zum 1. Dezember in 17 Orten noch 205 ausgesperrt. Es ist selbstverständlich, dass es dem Verbands schwer fällt, diese Opfer über Wasser zu halten. Hilfe von anderen Gewerkschaften dürfte denn noch einige Zeit am Platze sein.

Die Hamburger Akkordmurer, die mit ihrem vollen Ausschuss aus den Parteiverneinungen Hamburgs nicht einverstanden sind, wollen sich beschwerdeführend an den Parteivorstand wenden mit der Frage, ob sie mit diesem Ausschuss auch aus der Partei ausgeschlossen sind.

Die Braunschweigische Polizei, deren Aufmerksamkeiten gegen die Gewerkschaftsbewegung in letzter Zeit allzu deutlich zum Vorschein kam, macht wieder durch eine neue Aktion von sich zu reden. Am 16. Dezbr. nachmittags wurde der Schriftführer des Braunschweiger Gewerkschaftskartells von seiner Arbeitsstelle durch Kriminalbeamte weggeholt, um einer Haussuchung in seiner Wohnung beizuwohnen. Es wurden bei ihm sämtliche Bücher, Gelder etc. beschlagnahmt.

Schwarze Listen strafrei! Nunmehr hat auch das Oberlandesgericht in Köln dahin entschieden, dass die sogenannten „schwarzen Listen“ der Unternehmer strafrei seien. Anlässlich des im September vergangenen Jahres auf ihrem Werke ausgebrochenen partiellen Streiks hatte die Emailierfirma Wortmann und Elbers in Düsseldorf die Namen der Ausständigen mittelst Zirkulars sämtlichen deutschen Firmen der Branche übermittelt und dadurch erwiesenermassen die fernere Beschäftigung der Leute in ihrem bisherigen Berufe unmöglich gemacht. Die Geschädigten verlangten darauf hin von der Firma materiellen Ersatz für den ihnen zugefügten Schaden — das Klageobjekt wurde gerichtlichseits auf 30000 Mk. fixiert — wurden indessen mit ihren Forderungen von der Düsseldorfer Zivilkammer abgewiesen. Diesen ablehnenden Bescheid hat jetzt das Kölner Oberlandesgericht bestätigt. — Die Klage erfolgte auf Grund des § 326 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der lautet: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstossenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“ Demnach verstossen die schwarzen Listen nicht gegen die guten Sitten.

Verschiedenes.

Notstandsinterpellation im Reichstage. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht: Welche Massnahmen gedenkt der Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krisis, wie sie in Betriebseinschränkungen, Lohnkürzungen und Arbeiterentlassungen sich bemerkbar machen, zu begegnen und der Beruhigung weiter Volksklassen entgegenzutreten? Dieselbe wird einer der ersten Sitzungen im Januar zur Beratung kommen.

Woher stammen die Namen unserer Münzen? Die älteste deutsche Münze ist der Kreuzer. Das Prägen der Münzen lernten die Deutschen von Missionaren aus dem byzantinischen (griechischen) Kaiserreich. Da man in diesem Reich bereits zu Konstantins des Grossen Zeiten das Kreuz auf Münzen geprägt hatte, so wurde dies in Deutschland beibehalten und so entstand der Kreuzer. Solche mit Kreuzer versehene Kupferstücke findet man noch in Münzsammlungen. Der Name Pfennig stammt her von dem althochdeutschen phantic (Pfand); Münzen dieses Namens kommen zur Zeit Otto I. (936 bis 973) vor. Ursprünglich waren es Silbermünzen, die aber später in Kupfer geschlagen wurden, so um 1300 in der schwäbischen Stadt Hall, weshalb diese Münzen den Namen Haller erhielten, woraus sich die Schreibweise Heller bildete. Unter Otto I. wurden auch Schillinge geprägt, was die deutsche Bezeichnung für Bracteaten (Hohlmünzen) ist und vom althochdeutschen scilt (Schild) herkommt. Man könnte die Bracteaten daher auch Schildmünzen nennen. Um das Jahr 1300 kommen auch Dickpfennige vor, und da man im Mittelalter die Manie hatte, alles zu latinisieren, so nannte man sie Grossus, woraus Groschen entstand. Auch der Name Mark stammt wahrscheinlich aus dem Lateinischen, nämlich von marcus (grosser Hammer). Die Mark war die älteste deutsche Reichsmünze, ursprünglich ein Münggewicht von 22, später (1042) von 16 Loth, wobei zur Verhütung weiterer Wertverringering ein Zeichen (Marke, also von marcus, Hammer, ein heiliges altdiesches Zeichen) darauf angebracht wurde.

Weitere Beiträge für III. Quartal gingen ein.

Altenburg 36,80, Braunschweig 40,—, Breslau 119,74, Danzig 18,80, Höxter 14,50, Neurode 78,54, Strassburg 50,— und Gau Strassburg 58,90 Mark.

Folgende Zahlstellen haben für drei Quartale noch keine Abrechnung eingesandt. Aschaffenburg, Augsburg, Bremen, Bünde, Cöslin, Hannover I, Jena, Magdeburg, Mügeln, Rudolstadt (für 3 Quartale), Würzburg, Gau Hannover und Mannheim. Dieselben werden nochmals dringend ersucht ihren Verpflichtungen bis spätestens den 8. Januar 1902 nachzukommen.

Wilhelm Brall, Kassierer,
Berlin N, Stargarderstr. 4.

Anzeigen.

Nürnberg, Filialen I, II u. III.

Mittwoch, den 8. Januar 1902, abends 8 Uhr im Saale des „Martin Behaim“

komb. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Protokollverlesen. 2. Aufnahmen. 3. Die Neutralität der Gewerkschaften. Referent: Kollege Hader. 4. Vereinsachen.

Zu dieser Versammlung werden die Kollegen eingeladen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Verwaltungen.

Lithographen, Steindruck und Berufsgenossen.
Sonabend, den 11. Januar 1902

grosse öffentliche Versammlung

im Saale des „Schützenhauses“ in Freiburg Schl.
Tagesordnung: 1. Vortrag, Ref.: Herr Michaelis-Waldenburg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.

Zahlreichen Besuch erwartet
Die Verwaltung der Zahlstelle Waldenburg.
Gäste willkommen.

Die Kollegen
Richard Poch und Oswald Glauch

werden betr. wichtiger Mitteilungen ersucht, ihre Adressen sofort an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Th. Sturm, Karlsruhe, Markgrafenstr. 27.

Zweiter Jahrgang. Soeben erschienen! Taschen-Kalender

für Lithographen, Steindrucker, Karto- und Chemigraphen, Zeichner und verwandte Berufe für 1902.

Herausgeber: Carl Kluth und Robert Moritz.

Auf ca. 150 Seiten enthält der Kalender reiche Abbildungen aus dem Gebiete der Lithographie und des Steindruckes etc., reich illustriert. 27 Kunstbeilagen in den verschiedensten Verfahren hergestellt. Zu beziehen durch:

C. Kluth, Halle a. S., Hohe Strasse 1.
Preis 1 Mk. Porto 10 Pf.
Gegen vorherige Einsendung des Betrages oder Nachnahme.

Verein Lithographia, Nürnberg.

Vereinslokal: Restauration Theodor Körner, „Insel Schütt“. Reichhaltigste Fachbibliothek. Jeden Dienstag Vereinsabend.

Nürnberg, Filiale II, (Lithographen).

Vors. Gg. Stahr, Lith., Martin-Richter Str. 32. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung Aug. Hente, Lith., Richard-Wagner Str. 2, mittags von 1—1,2 Uhr, abends 6—1,8 Uhr.

Versammlung jeden zweiten Mittwoch im Monat im Restaurant „Martin Behaim“, Theresienstr. parterre.

Am 24. Dezember starb nach längerem Leiden unser Kollege

Curt Grimmer, Photograph,
im Alter von 21 Jahren.

Am 27. Dezember starb im hiesigen Krankenhause nach 4tägigem Krankenlager unser Kollege

Otto Scheunert,
Chemigraph, im Alter von 21 Jahren.
Beiden Kollegen wahr dauerndes Andenken
Die Mitgliedschaft Leipzig,
Chemigraphen, Lichtdrucker.

Dieser Nummer liegt die „Gr. Rundschau“ No. 1 bei.